

Pressemitteilung

31. Mai 2023

Finanzstabilitätsbericht der EZB: Aussichten für die Finanzstabilität weiterhin fragil

- Restriktivere Finanzierungsbedingungen stellen Widerstandsfähigkeit der privaten Haushalte, Unternehmen, Staaten und Immobilienmärkte auf die Probe
- Finanzmärkte aufgrund von Verwundbarkeiten im Investmentfondssektor, überhöhten Bewertungen, hoher Volatilität und niedriger Liquidität anfällig für ungeordnete Korrekturen
- Banken des Euroraums widerstandsfähig gegenüber jüngsten Spannungen außerhalb des Eurogebiets, doch höhere Refinanzierungskosten und eine geringere Qualität der Aktiva könnten die Ertragslage belasten

Dem heute von der Europäischen Zentralbank (EZB) veröffentlichten [Finanzstabilitätsbericht vom Mai 2023](#) zufolge bleiben die Aussichten für die Finanzstabilität im Euro-Währungsgebiet angesichts der jüngsten Spannungen im Bankensektor außerhalb der Währungsunion fragil.

Zwar hat sich die Wirtschaftslage leicht verbessert, doch belasten unsichere Wachstumsaussichten in Verbindung mit einer hartnäckigen Inflation und restriktiveren Finanzierungsbedingungen weiterhin die Bilanzen von Unternehmen, privaten Haushalten und Staaten. Darüber hinaus könnte eine unerwartete Verschlechterung der Wirtschaftslage oder Verschärfung der Finanzierungsbedingungen zu ungeordneten Preiskorrekturen an den Finanz- und/oder Immobilienmärkten führen.

„Preisstabilität ist entscheidend für eine nachhaltige Finanzstabilität“, so EZB-Vizepräsident Luis de Guindos. „Durch die Straffung der Geldpolitik, mit der die hohe Inflation bekämpft werden soll, können aber auch Verwundbarkeiten im Finanzsystem offengelegt werden. Es ist unerlässlich, dass wir die weiteren Entwicklungen im Blick behalten und die Bankenunion vollenden, um die Verwundbarkeiten im Zaum zu halten.“

Eine genauere Betrachtung der Verwundbarkeiten zeigt, dass sich die Unternehmen im Euroraum verschärften Finanzierungsbedingungen und unsicheren Geschäftsaussichten gegenübersehen. Dies könnte insbesondere für jene Unternehmen eine Herausforderung darstellen, die nach der Pandemie eine höhere Verschuldung und eine schwächere Ertragsentwicklung verzeichneten. Gleichzeitig belastet die hohe Inflation die privaten Haushalte und hier besonders jene mit niedrigerem Einkommen, denn sie beeinträchtigt ihre Kaufkraft und ihre Fähigkeit zur Rückzahlung von Krediten. Infolge der steigenden Zinsen ging die Nachfrage nach neuen Krediten, vor allem Immobilienkrediten, im ersten Quartal 2023 deutlich zurück. Wenngleich die in den letzten Monaten rückläufigen Energiepreise den Druck auf die Regierungen verringert haben, weitere finanzpolitische Hilfsmaßnahmen zu finanzieren, sehen sich die staatlichen Stellen steigenden Finanzierungskosten gegenüber.

An den Immobilienmärkten im Euroraum findet gegenwärtig eine Korrektur statt. An den Wohnimmobilienmärkten hat sich der Preisauftrieb in den vergangenen Monaten erheblich abgeschwächt. Hierdurch hat sich die Überbewertung in diesem Sektor verringert. Die Preiskorrekturen gingen bislang geordnet vonstatten. Allerdings könnte es zu ungeordneten Korrekturen kommen, wenn höhere Hypothekenzinsen die Nachfrage zunehmend dämpfen. Die Märkte für Gewerbeimmobilien befinden sich nach wie vor im Abschwung. Gründe hierfür sind die restriktiveren Finanzierungsbedingungen und die unsicheren Konjunkturaussichten sowie die schwächere Nachfrage im Gefolge der Pandemie. Die anhaltenden Preiskorrekturen könnten die Widerstandsfähigkeit von Investmentfonds auf die Probe stellen, die im Gewerbeimmobiliensektor investiert sind.

Finanzmärkte und Investmentfonds bleiben anfällig für Vermögenspreiskorrekturen. Überhöhte Bewertungen, verschärfte Finanzierungsbedingungen und eine niedrigere Marktliquidität könnten das Risiko erhöhen, dass Korrekturen ungeordnet erfolgen. Dies gilt insbesondere dann, wenn erneut Rezessionsängste auftreten. Bislang blieben Investmentfonds von den jüngsten Spannungen im Bankensektor der Vereinigten Staaten und der Schweiz weitgehend verschont. Dies könnte sich jedoch ändern, wenn die Fonds plötzlich Liquidität benötigen und daher rasch Vermögenswerte veräußern müssen.

Auch die Banken im Eurogebiet haben sich gegenüber den Spannungen bei US-amerikanischen und Schweizer Instituten als widerstandsfähig erwiesen, da die direkten Forderungen gegenüber den betroffenen Banken begrenzt waren. Gestützt wurde die Widerstandsfähigkeit durch die solide Kapital- und Liquiditätsausstattung. Hier haben die Bemühungen der Regulierungs- und Aufsichtsbehörden in den letzten Jahren Früchte getragen. Angesichts vorhandener Bedenken hinsichtlich der Fähigkeit der Banken, Kapital

aufzubauen, wird es von entscheidender Bedeutung sein, diese Widerstandsfähigkeit zu wahren. So verringern beispielsweise höhere Zinsen das Kreditvolumen und erhöhen die Refinanzierungskosten der Banken, was ihre Ertragslage beeinträchtigen kann. Zudem gibt es bereits Anzeichen für eine Verschlechterung der Kreditqualität bei Gewerbeimmobilienkrediten, Ausleihungen an kleinere Unternehmen und Konsumentenkrediten. Banken müssen daher möglicherweise mehr Mittel zur Deckung von Verlusten und zur Steuerung ihrer Kreditrisiken zurückstellen.

In diesem Zusammenhang sind die Vollendung der Bankenunion und insbesondere die Errichtung eines gemeinsamen europäischen Einlagensicherungssystems unerlässlich. Überdies erfordern Verwundbarkeiten im Nichtbankenfinanzsektor ein umfassendes und entschlossenes Vorgehen, um das Vertrauen in das Finanzsystem und seine Widerstandsfähigkeit weiter zu stärken.

Medianfragen sind an [Daniel Weber](#) zu richten (Tel.: +49 172 8344 539).

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation

Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland

Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: media@ecb.europa.eu

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.